

# Der Weg bis zur Europawahl

## Oder: Wie die SPD ihre Geschichte selber macht.

von Timo Grunden<sup>1</sup>

War der Sieg bei der Bundestagswahl 2021 nur ein Zufall? Eine launige Finte der Geschichte, die uns ein paar Monate lang über das – doch längst besiegelte und hinreichend beschriebene – Schicksal der Sozialdemokratie hinwegtäuschen konnte? Bei der Europawahl vom 9. Juni stürzt die SPD auf 13,9 Prozent: das schlechteste Ergebnis seit 1887. Im Süden und Südosten der Republik kämpft die (Kanzler-)Partei gegen die Einstelligkeit, in Thüringen und Sachsen um ihre parlamentarische Existenz. Ist das die Zukunft der SPD? Wie ist es zum Wahlergebnis vom 9. Juni gekommen? „Ist der SPD ihr eigener Niedergang überhaupt zuzuschreiben?“, fragte schon im Februar 2021 (bei ähnlichen Umfragewerten) der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers und gab gleich die Antwort: Angesichts des sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandels, der Auflösung sozialdemokratischer Milieus, mithin der „gesamtgesellschaftlichen Bedingungen“ sei der Niedergang unvermeidlich. „Alle Empirie spricht dagegen, dass diese Entwicklung das Ergebnis politischer Fehler wäre.“<sup>2</sup> Eine steile These. Ich möchte im Folgenden zeigen, dass sie nicht stimmt.

Gewiss verraten uns Analysen zum ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel einiges darüber, *warum* die Sozialdemokratie unter Krisendruck geraten ist und welche Herausforderungen sie bewältigen muss. Ob und *wie* die Partei diese Herausforderungen bewältigen wird, sagen sie uns hingegen nicht. Auf das „Wie“ kommt es aber an; es ist die bessere Frage als das „Warum“. Den kleinen, aber bedeutenden Unterschied zwischen Wie- und Warum-Fragen erläutert Christopher Clark in seiner Untersuchung zum Ausbruch des Ers-

ten Weltkrieges: „Die Frage nach dem *Wie* fordert uns auf, die Abfolge von Interaktionen näher zu untersuchen, die bestimmte Ergebnisse bewirkten. Hingegen lädt uns die Frage nach dem *Warum* ein, nach fernen und nach Kategorien geordneten Ursachen zu suchen (...).“<sup>3</sup> Für den Gegenstand dieser Abhandlung wären derartige Kategorien und „ferne“ Ursachen die Globalisierung, der technologische Fortschritt oder die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Milieus. Der Warum-Ansatz“, so Clark weiter, habe „einen verzerrenden Effekt, weil er die Illusion eines ständig wachsenden Kausaldrucks erzeugt. Die Faktoren türmen sich auf und drücken auf die Ereignisse; politische Akteure werden zu reinen ausführenden Organen der Kräfte, die sich längst etabliert haben und ihrer Kontrolle entziehen.“

Clarks Überlegung lässt sich auf die jüngere Geschichte der SPD übertragen. *Warum-Fragen* verleiten dazu, die Niederlagen und Krisen der SPD als Fluchtpunkte kausaler Effekte zu begreifen: Es kam, wie es kommen musste. Dabei wird dann übersehen, dass Akteure immer auch selbst Teil des gesellschaftlichen Wandels sind, den sie stoppen oder beschleunigen, nutzen oder lenken wollen – und das auch tun, oft mit überraschenden Wendungen. Oder um es mit Karl Marx zu sagen: Auch Parteien machen ihre eigene Geschichte, nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten Umständen, aber sie machen ihre Geschichte selbst. Ihre Eliten setzen Prioritäten, wägen Optionen und treffen Entscheidungen: strategische, inhaltliche, personelle. Entscheidungen machen Unterschiede.

Ich werde in zwei Schritten nachzeichnen, wie es zur Wahlniederlage bei der Europa-Wahl gekommen ist, die ein Fanal sein muss, weil sie eine neue Phase des Abstiegs einleiten könnte. Im ersten Teil wird entlang von Ereignissen,

1 Dr. Timo Grunden ist Politikwissenschaftler und Grundsatzreferent der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die politischen Bewertungen in diesem Artikel sind ausnahmslos seine persönlichen.

2 Möllers, Christoph (2021): Der lange Abschied der SPD. Kleine Parteienkunde I, in: Merkur (75), Heft 861, S. 57-67, 58.

3 Clark, Christopher (2013): Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München, S. 17.

Entscheidungen und demoskopischen Werten die bisherige Legislaturperiode nachgezeichnet, um zu zeigen, wie es zum Wahlergebnis vom 9. Juni gekommen ist. Im zweiten Schritt wird das Sichtfeld erweitert, indem sowohl das Wahlergebnis als auch das vorausgegangene Handeln der Partei in eine zeitgeschichtliche Entwicklung eingeordnet wird: Denn sowohl das Ausmaß als auch das Tempo des Vertrauensverlustes haben ihre Ursache nicht allein in der laufenden Legislaturperiode. Sie sind auch die Folge lang zurückliegender Enttäuschungen und wiederkehrender Fehler, aus denen viel zu lang keine Lehren gezogen wurden.

## Erster Teil: 2021 – 2024

Vorweg: Die Europawahl ist keine Generalprobe für die Bundestagswahl. In den vergangenen 20 Jahren waren allein die Europawahlen von 2009 ein verlässlicher Stimmungstest für die folgende Bundestagswahl (zumal sie im gleichen Jahr stattfand.). Allerdings: Dass sich die Stimmung noch ändern kann, bedeutet nicht, dass sie sich ganz sicher noch ändern wird, oder dass eine Veränderung eine Verbesserung bedeuten muss.

Für die Niederlage gibt es zwar nicht den einen Grund bzw. die eine Fehlentscheidung, aber es gibt Muster, nach denen sich die Niederlage wie eine Lawine über zweieinhalb Jahre Ampel-Regierung aufbaut. Abbildung 1 zeigt, nach welchen (Nicht-)Entscheidungen sie an Kraft und Geschwindigkeit gewinnt.

### Zeitenwende

Das ist immer dann der Fall, wenn die Erwartungen der SPD-Wählerinnen und Wähler an eine SPD-geführte Bundesregierung enttäuscht werden: Führungskompetenz, soziale Sicherheit und Stabilität. Der SPD-Sieg 2021 war eine Art Sieg der „dritten Wahl“, nachdem die Wählerinnen und Wähler zunächst die Grünen und ihre Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock, anschließend die Union und Armin Laschet, sehr wohlwollend geprüft, dann aber doch für nicht gut genug befunden hat-

ten. Die SPD nutzte ihre späte und unverhoffte Chance mit einer kraftvollen Kampagne, die lehrbuchartig Person, Partei und Programm miteinander verband. Der am Ende deutliche Vorsprung vor den Grünen zeigte zudem, dass sozio-ökonomische Themen das Wahlverhalten noch immer deutlich stärker prägen als postmaterialistische Werte oder ökologische Fragen.<sup>4</sup>

Allerdings: Der Zauber des Aufbruchs währt nicht lange. Erste Ampel-Streitigkeiten (u. a. über Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie) und auch erste Stilkritik am Kanzler führen die Koalition in ihr erstes demoskopisches Tal. Am 24. Februar 2022 überfällt Russland die Ukraine und von nun an ist nichts mehr wie es war. Es ist die Stunde der Exekutive. Olaf Scholz hält seine historische Zeitenwende-Rede, zeigt Führung und Entschlossenheit: Unterstützung für die Ukraine, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Stehende Ovationen im Plenarsaal, große Zustimmung in fast allen Medien, national wie international. Es kommt zum „Rally-around-the-flag“-Effekt: Die Deutschen versammeln sich hinter ihrer Regierung. Der Kanzler ist populär, die SPD liegt in Umfragen wieder vorne. Doch kurz danach ist die „Stunde der Exekutive“ schon wieder vorbei. Im März 2022 beginnt eine Phase, die das Bild der Koalition und des Kanzlers bis heute prägen wird und von dem sich Scholz und die SPD bis heute nicht erholen werden. Es ist eine Phase von Streit und Nicht-Entscheidungen, die nachhaltige Zweifel an der Führungskompetenz des Kanzlers und am Sicherheitsversprechen seiner Partei hervorrufen. Wie ist das passiert?

Zum einen erweist sich die Zeitenwende-Rede sich als großes Missverständnis. Obwohl der Kanzler innerhalb von drei Tagen fast die komplette sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der vergangenen zwanzig Jahre abräumt (was auch zeigt, wie hohl und überkommen sie längst war), denkt er nicht daran, eine europäische Führungsrolle

<sup>4</sup> Vgl. dazu Ruhose, Fedor / Mielke, Gerd (2021): Nach der Bundestagswahl 2021: Die Perspektiven der SPD, in: spw Heft 246, S. 21-26; Müller-Hilmer, Rita (2021): Bundestagswahl 2021: SPD reloaded?, in: spw Heft 246, S.11-17.

bei der militärischen Ukraine-Hilfe einzunehmen. Die Enttäuschung im In- und Ausland ist groß. Nach dem russischen Überfall hatten sowohl die konservativen als auch die linksliberalen Eliten in Medien und Wissenschaft auf einen deutschen Churchill gehofft. Was sie bekommen, ist ein deutscher Scholz. Der will, dass die Ukraine „besteht“, aber nicht, dass Russland „verliert“. Jedenfalls will er das nicht sagen. Waffen will er schon liefern, „auch das, was man in einem Artilleriegefecht einsetzen kann“, Panzer aber nicht. In der Ampel bricht ein erbitterter Streit über Waffenlieferungen aus, der wechselseitig mit ehrenrührigen Vorwürfen geführt wird und bis heute anhält.

Die nationale wie internationale Kritik an der Ukraine-Politik des Bundeskanzlers ist hart – und angesichts der militärischen Hilfe, die wirklich geleistet wird, oft auch maßlos. Gleichwohl ist der Streit um Waffenlieferungen ein wichtiger, in seiner Wirkung aber nur mittelbarer Grund für den nachhaltigen Reputationsverlust, den der Kanzler und die SPD in dieser Zeit erleiden. In der Sache selbst sind die Deutschen weit weniger entschieden als es die öffentliche Debatte suggeriert. Viel schwerer wiegt, dass sich das in der Debatte gezeichnete (Zerr-)Bild des führungsschwachen Zögerers und Zauderers als Image festsetzt und verselbstständigt.<sup>5</sup> Es wird von vielen Menschen auch als plausible Deutung für ein anderes Problem akzeptiert: Der wachsenden sozialen Unsicherheit scheint die Regierung nicht viel entgegenzusetzen zu können.

## Inflation

Im Frühling 2022 klettert die Inflation auf acht Prozent, bei den Energiepreisen droht ein Anstieg um mehrere hundert. Die Ampel reagiert mit zwei Entlastungspaketen im Volumen von 30 Milliarden Euro. In der Summe schützen die vielen Einzelmaßnahmen insbesondere berufstätige Familien im unteren Einkommens-

bereich, tragen also durchaus eine sozialdemokratische Handschrift.<sup>6</sup> Allerdings gleichen sie die Kaufkraftverluste nur zu 60 Prozent aus und ausgerechnet die Rentnerinnen und Rentner werden in den Entlastungspaketen kaum berücksichtigt. Die Unzufriedenheit in dieser wichtigen Wählergruppe ist entsprechend groß. Zudem greifen die Maßnahmen erst mit Verzögerung und sehr schnell zeichnet sich ab, dass sie nicht ausreichen werden. Bis zum Sommer 2022 wird an den Terminmärkten der Preis für eine Megawattstunde Erdgas auf fast 200 Euro steigen – zehn Mal so viel wie noch 2021. Auch die Strompreise steigen rasant. Soziale und volkswirtschaftliche Verwerfungen sind bei diesem Preisniveau nur eine Frage der Zeit, doch auf tiefe Markteingriffe, wie Strom- und Gaspreissubventionen, kann sich die Regierung lange Zeit nicht einigen. Stattdessen plant sie sogar eine „Gasumlage“, die den Gas-Importeur Uniper retten soll, aber den Gaspreis noch einmal künstlich erhöhen würde. Der Kanzler verspricht derweil „You'll never walk alone“, aber glauben wollen ihm das die Deutschen nicht so recht. Zwischen April 2022 und April 2023 werden sie Reallohnverluste von durchschnittlich über vier Prozent hinnehmen müssen.

Dass es nicht noch schlimmer kommt, liegt am „Doppel-Wumms“ (Scholz), der Strompreissbremse und dem Gaspreisdeckel, zu dem sich die Ampel im Herbst doch noch durchringen kann. Fast 300 Milliarden Euro stellt die Regierung für Energiepreissubventionen bereit. Weil gleichzeitig die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro in Kraft tritt und das Kindergeld auf 250 Euro steigen soll (ein Plus von 15 Prozent, die stärkste in 25 Jahren), kann man durchaus von einer kraftvollen sozialdemokratischen Agenda sprechen. Und siehe da: Die SPD gewinnt etwas Vertrauen zurück und stabilisiert sich in Umfragen oberhalb der zwanzig Prozent.

Allerdings war es ein sehr langer Weg bis zu den Entscheidungen vom Herbst 2022. Es ist eine Phase der demoskopischen Talfahrt für die SPD – und eine Phase des durch soziale Sorgen und migrationsfeindliche Einstellungen getrie-

<sup>5</sup> Wir haben es mit einem sozialen Mechanismus zu tun, den bereits Paul Lazarsfeld in den vierziger Jahren in Grundzügen beschrieben hat: Es geht um das Zusammenspiel von Medien, Multiplikatoren und „interpersonaler Kommunikation“. Nicht warum über eine Sache oder eine Person gut oder schlecht gesprochen wird, ist dann für die Meinungsbildung entscheidend, sondern dass über sie gut oder schlecht gesprochen wird und mit welchen Attributen.

<sup>6</sup> Dullien, Sebastian / Rietzler, Katja / Tober, Silke (2022): Die Entlastungspakete der Bundesregierung. Ein Update, in: IMK Policy Brief Nr. 126.

benen Wiederaufstiegs der AfD.<sup>7</sup> Was der Koalition noch im Vorfeld der Zeitenwende-Rede gelungen war – schnell hinter den Kulissen eine große Lösung für ein großes Problem zu entwickeln – gelingt ihr fortan nicht mehr. Stattdessen wird auf offener Bühne über Wochen und Monate über Details und Einzelmaßnahmen gestritten. „Große Lösungen“ vermeidet man so lange, bis es nicht mehr geht. „I skate to where the puck is going to be, not where it has been“, soll der kanadische Eishockey-Spieler Wayne Gretzky einmal über seinen Erfolg gesagt haben. Die Regierung scheint dagegen nicht in der Lage zu sein, politische Dynamiken zu antizipieren, sei es in der Frage von Waffenlieferungen für die Ukraine oder bei Maßnahmen gegen die Energiepreisinflation. Am Ende wird sie die richtigen Entscheidungen treffen, aber sie wirkt dabei immer getrieben, ist nie „vor der Lage“.

## Streit

Das Schlimmste freilich ist der Streit. In unsicheren Zeiten vertrauen verunsicherte Menschen keiner verunsicherten Regierung. Und Streit ist ein untrügliches Zeichen für Verunsicherung. In Osteuropa wütet ein Krieg und die Koalition streitet über Qualität und Umfang der Ukraine-Hilfe. Die Preise steigen rasant und die Koalition streitet über Hilfspakete und Atomkraftwerke. Die Wirtschaft stagniert, die Infrastruktur ist ein Sanierungsfall, das Bundesverfassungsgericht entscheidet sich für eine ultraorthodoxe Auslegung der Schuldenbremse und die Koalition streitet über alles. Und sie streitet in einem Ton, der es kaum mehr möglich macht, Koalitions- von Oppositionspolitikerinnen und -politikern zu unterscheiden. In diesem Klima geraten zwei Projekte der Regierung zum Fiasko: Das Heizungsgesetz und die Bürgergeldhöhung. In beiden Fällen müssen SPD und Grüne erleben, wie hochaggressiv, populistisch und verlogen auch Konservative werden können, wenn sie von der Macht abgeschnitten sind. Sie unterschätzen aber auch die wachsenden Ängste vor dem sozialen Abstieg.

Nachdem im März 2023 erste Entwürfe für ein neues Heizungsgesetz geleakt werden, bleibt über Monate unklar, mit wieviel Zwang und mit wieviel Förderung in Zukunft beim Heizungskauf zu rechnen ist. Konservative, Rechtsradikale und der Boulevard beherrschen die Debatte und bombardieren die Öffentlichkeit fast täglich mit neuen Horror-Rechnungen für Familien und Durchschnittsverdienerinnen und -verdienern. Der Regierung gelingt keine Klarstellung, kein Agenda-Cut. Das Heizungsgesetz mutet wie ein Elitenprojekt an, das in unsicheren Zeiten Rentnerinnen und Rentnern und Arbeitnehmerfamilien neue Belastungen auferlegen will; ein Eingriff in den privaten Autonomiebereich und das Gegenteil dessen, was man von der SPD erwartet.

Vor diesem Hintergrund ist es für „BILD“ und politische Rechte ein Leichtes mit Polemik und Desinformation die Bürgergeldhöhung zu skandalisieren. Wir wissen aus eigenen Befragungen, dass das alte Hartz-IV-System gerade unter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehr unpopulär war: erstens, weil es Menschen, die 20 Jahre gearbeitet hatten genauso behandelte, wie Menschen, die nie gearbeitet haben; zweitens, weil man sehr schnell alles verlieren konnte, was man sich im Leben aufgebaut hatte. Kurzum, es verstieß gegen eine sehr alte und tief verwurzelte Gerechtigkeitsnorm der Arbeiterklasse: die Leistungsgerechtigkeit.<sup>8</sup> Aus dem gleichen Grund war das einzige Element des Hartz-IV-Regimes, das bei Arbeitnehmern große Zustimmung genoss, die Sanktion. Die „Bestrafung“ von Arbeitsunwilligen verleiht dem System Legitimität, auch und gerade in der unteren Mittelschicht. Jede Verbesserung für Bürgergeldempfänger muss an die Norm der Leistungsgerechtigkeit, anschlussfähig sein, andernfalls ist die Debatte in dem Moment verloren, in dem sie beginnt, erst recht in einer Zeit, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kaufkraftverluste hinnehmen müssen.

Nach Heizungsgesetz, Bürgergeld und den neu entfachten Debatten um Migration und Innere Sicherheit fällt die SPD auf 15 Prozent. Mit

<sup>7</sup> Hövermann, Andreas (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, WSI-Report Nr. 92.

<sup>8</sup> Grundsätzlich dazu Misik, Robert (2019): Die falschen Freunde der einfachen Leute, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

dem Thema „irreguläre Migration“ versucht der Kanzler, wieder in die Offensive zu kommen. Erfolglos. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse fügt seinem Image als kompetenter Problemlöser neuen Schaden zu und befeuert den Streit in der Koalition über die richtige Finanz- und Wirtschaftspolitik. Was besonders schwer wiegt: Über das ganze Jahr 2023, schließlich auch bis zur Europa-Wahl 2024, hat die SPD keine sozio-ökonomische Agenda. Die Kindergrundsicherung – als Steuer- oder Kindergeldreform konzipiert – hätte schnelle Entlastung für berufstätige Familien bedeuten können. Stattdessen avanciert sie zu einem Projekt der Grünen, die sie offenbar als gigantisches bürokratisches Betreuungsprogramm verstehen. Dass sich ausgerechnet der sozialdemokratische Kanzler gegen einen Industriestrompreis ausspricht, der Investitions- und Arbeitsplatzsicherheit bedeutet hätte, wird in den Belegschaften energieintensiver Branchen nicht ohne Wirkung geblieben sein.

## Politikstile

Und dennoch ist es die Phase zwischen Zeitenwende-Rede und „Doppelwumms“, von der sich die SPD bis zur Europa-Wahl nicht mehr erholt. Heizungsgesetz, Bürgergeldhöhung oder die Migrationsdebatte verfehlen ihre Wirkung nicht, sind aber doch nur Wellen, die gegen ein bereits auf Grund gelaufenes Schiff prallen. Der Schlüssel zum Verständnis der Legislaturperiode liegt im Frühling 2022.

Man stelle sich vor, der Kanzler wäre nach dem russischen Überfall auf die Ukraine tatsächlich zu der erhofften europäischen Führungsfigur geworden. Dazu hätte Deutschland nicht mehr militärische Hilfe leisten müssen, als es dann ohnehin getan hat, nur schneller und offensiver kommuniziert. Die geballte Unterstützung von Eliten und Multiplikatoren hätte ihre Wirkung auf die interpersonale Kommunikation des Publikums nicht verfehlt. Olaf Scholz hätte ausreichend Autorität erworben, um seine Koalition, möglicherweise sogar die Opposition, auf eine expansive Finanzpolitik für äußere Sicherheit, soziale Sicherheit und industrielle Transformation verpflichten zu können. Viel

Streit wäre der Koalition und viel Unsicherheit sowohl den Wählerinnen und Wählern als auch der Wirtschaft erspart geblieben. Selbstverständlich hätte man auch dann von der FDP keine Selbstaufgabe erwarten können, sie hätte aber ihre Policy-Gewinne auf anderen Feldern, insbesondere der Steuerpolitik erhalten, nicht in der Haushaltspolitik.

Viel Konjunktiv, zugegeben. Und das ganze Gedankenspiel scheidet womöglich an der Frage, ob der Kanzler das überhaupt gewollt hätte. Schon das Sondervermögen ist ja nicht dafür konzipiert, einen neuen Politikstil einzuleiten. Es soll sicherstellen, dass die Ampel so weitermachen kann, wie geplant und wie von Angela Merkel einst vorgemacht: mit risikoarmen Reformen, konservativer Fiskalpolitik, evolutionärer Veränderung und sozialdemokratischen Akzenten, alles durch einen Kommunikationsstil vermittelt, der das Publikum in Sicherheit wiegen, aber nicht weiter mit Politik belästigen soll.

Ohne den 24. Februar 2022 hätte dieser Politikstil bis zur nächsten Bundestagswahl tragen können. Doch mit dem Krieg, der Energiekrise, neuen Flüchtlingswellen, der wirtschaftlichen Stagnation und dem Investitionstau hat er sich überlebt. Und dennoch zieht es den Kanzler immer wieder zurück in die Merkel-Zeit vor der Pandemie. Deshalb die Aversion gegen „große Lösungen“, die aber nur zu verzögerten Entscheidungen, Phasen großer Unsicherheit und eben auch zu Wohlstandsverlusten führt.

Der immer noch starke Glaube an die Gewissheiten vor der Zeitenwende verhindert eine ökonomische Investitionsagenda, die das Land angesichts der inneren und äußeren Bedrohungen dringend braucht – und die dem Land etwas geben könnte, was derzeit am meisten fehlt: Hoffnung. Die realistische Hoffnung auf Verbesserung, an der jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer teilhaben und mitarbeiten kann.

Erklärungsbedürftig bleibt, wie dünn und wenig belastbar das Vertrauen in die SPD war, das sie bei der Bundestagswahl 2021 noch zur

stärksten Partei gemacht hatte. Wie sind das Ausmaß und das Tempo des abermaligen demoskopischen Niedergangs zu erklären? Dazu müssen wir den Blickwinkel erweitern und das Wahlergebnis in einen zeitgeschichtlichen Kontext einordnen.

## Zweiter Teil: 2009 – 2021

Man kann den Beginn der anhaltenden Misere der SPD an einer Wahl festmachen: Es ist die Bundestagswahl 2009, eine „critical election“ nach der nichts mehr ist, wie es war. Alle SPD-Bundestagswahlergebnisse danach – auch jene von 2021 – bewegen sich in der Umlaufbahn der Wahl von 2009. Sie sind durch Ausschläge nach unten oder oben nur Varianten dieser einen Wahl. Auch qualitativ lässt sich aus dem Vergleich der Wahlanalysen einiges ablesen. Die Verluste von 2002 und 2005 bewegen sich noch im Rahmen üblicher Einbußen einer Regierungspartei in Schwierigkeiten, zumal die SPD in ihren Kernmilieus noch die stärkste Partei bleibt. Vier Jahre später gehen sie alle verloren: die Gewerkschaftsmitglieder, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit mittleren und geringen Einkommen. Hier lösen sich aber keine gesellschaftlichen Milieus auf, hier wenden sich enttäuschte Kernwählergruppen von ihrer Partei ab. Die Frage ist, warum?

### Die critical election

Wir können im Rückblick ziemlich genau sagen, woran es nicht lag: 2009 gab es keine Flüchtlingskrisen und keine Migrationsdebatte, es wurde nicht gegendert und Zumutungen durch eine überambitionierte Umwelt- und Klimapolitik gab es auch nicht. Was es zwischen 2005 und 2009 allerdings durchaus gegeben hatte, war eine Große Koalition und eine Fortsetzung der Agenda-2010-Politik.

Zwischen 2000 und 2009 entscheidet sich die SPD immer wieder für drastische Steuerenkungen für Unternehmen und hohe Einkommen. Sie entscheidet sich 2005 dafür, die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zu er-

höhen, Arbeitnehmerfamilien zu belasten und ein Wahlkampfversprechen zu brechen. Sie entscheidet sich für eine Absenkung des Rentenniveaus und eine Teilprivatisierung der Rentenversicherung. Sie flexibilisiert den Arbeitsmarkt, ohne einen Mindestlohn einzuführen. Dafür führt sie die Schuldenbremse ein und verlängert quasi über Nacht die Lebensarbeitszeit. Kurzum: Die Bilanz der rot-grünen Koalition wäre in einem Blindtest wohl kaum einer Mitte-Links-Regierung zugeschrieben worden. Keines der neoliberalen Großprojekte ist jemals Gegenstand der innerparteilichen Willensbildung, geschweige denn der Wahlprogramme. Wer 1998, 2002 und 2005 SPD wählt, bekommt anschließend nie das, was er bestellt hat. In der anschließenden Großen Koalition unter Angela Merkel sind es wiederum die SPD-Minister, die eine Fortführung dieser Politik zu verantworten haben. *„Meine Großeltern haben immer gesagt, die SPD hält Wort. Heute habe ich den Eindruck, die SPD wirft uns zum Fraß vor bei der Globalisierung. Wir sind denen egal, unsere Kinder sind denen egal“*, wird Ende 2019 eine SPD-affine Wählerin in einer Fokusgruppe im Ruhrgebiet sagen. Sie ist mit ihrer Einschätzung nicht allein.

Die Gründe für die schwere Niederlage 2009 und die folgenden Krisen und Enttäuschungen sind also nicht „struktureller Natur“. Soziale Milieus mögen sich ausdifferenzieren, aber die arbeitenden Klassen (es gab und gibt sie immer nur im Plural) verschwinden nicht, auch nicht der sozio-ökonomische Konflikt (inkl. dem Anspruch auf Mitsprache und Respekt), der der Sozialdemokratie gesellschaftliche Legitimität verleiht und Unterstützung sichert. Allerdings geschieht das nicht von selbst. Konflikte, aus denen Parteien Legitimität, Ressourcen, Mitglieder, Wählerinnen und Wähler gewinnen, müssen fortlaufend von ihren Eliten aufgegriffen, aktualisiert und in Politikangebote übersetzt werden.<sup>9</sup> Andernfalls werden Parteien von ihren gesellschaftlichen Legitimitätsquellen abgeschnitten. Und genau das widerfährt der SPD, nachdem sich ihre Eilten für neoliberale Reformen und für die Rolle der Junior-Partne-

<sup>9</sup> Grundsätzlich dazu die Beiträge in Eith, Ulrich / Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.

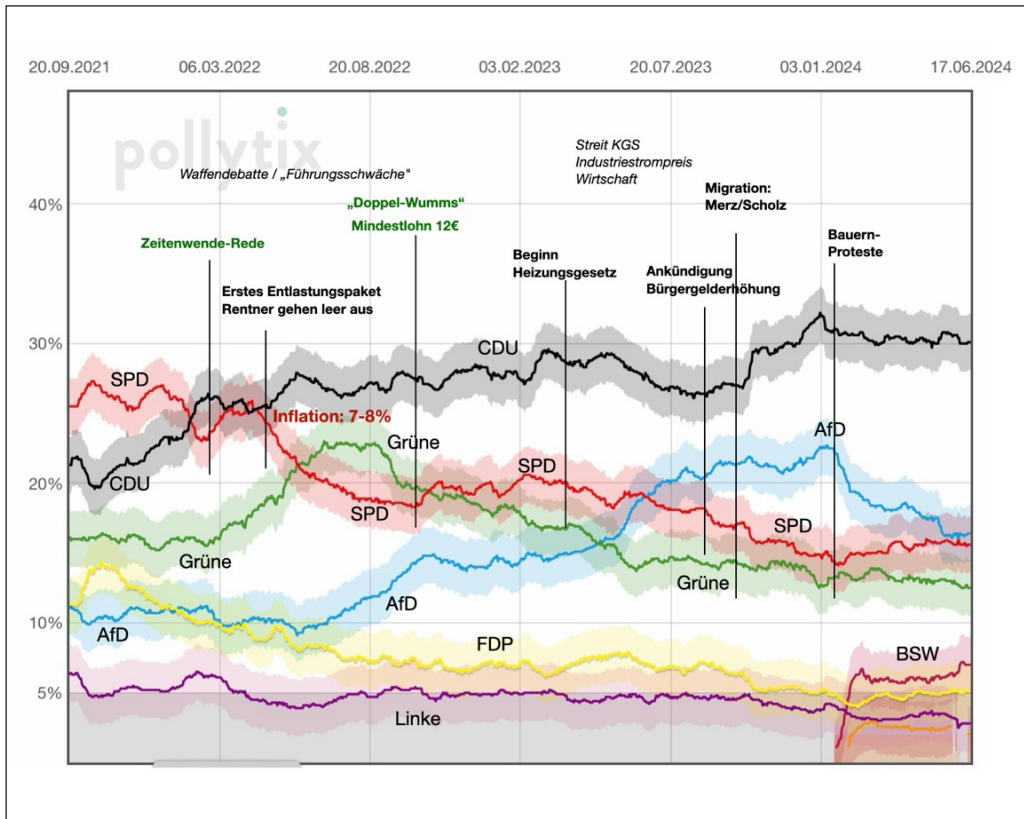


Abbildung 1: Regierungshandeln und Umfragewerte auf Basis des Pollytix-Wahlrends (<https://pollytix.de/wahlrend/>).

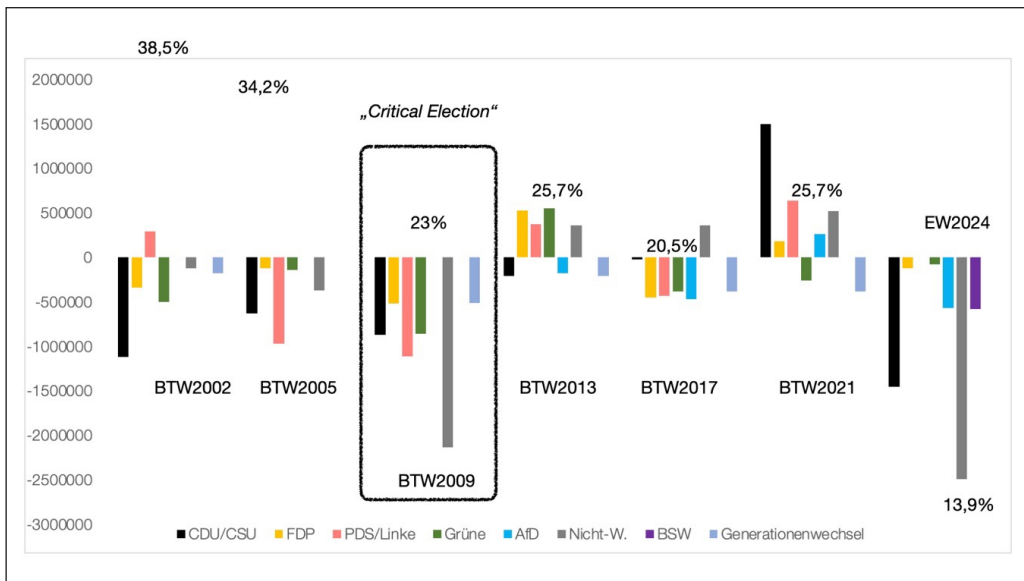


Abbildung 2: Zu und Abwanderung von SPD-Stimmen 2002-2024

rin in drei großen Koalitionen entscheiden. Sie legten den sozio-ökonomischen Konflikt für das Parteiensystem lahm und verabschieden sich als Führungs- und Regierungsalternative zur Union.

Im Verlauf der 2010er Jahre wird die SPD mehr und mehr zur Partei ohne Eigenschaften. Im Jahr 2018 fragt eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung nach den Emotionen, die Parteien hervorrufen. CDU/CSU vermitteln vor allem ein Gefühl der Sicherheit, die Grünen stehen für Zuversicht und die AfD löst Ängste aus. Die einzige Emotion, die bei der SPD besonders ausschlägt, ist die Gleichgültigkeit.<sup>10</sup> Diesen Befund stützen auch die erwähnten Fokusgruppen, an denen ich im Winter 2019 konzeptionell beteiligt war. Es überwiegen Desinteresse und Ratlosigkeit: *„Die SPD ist völlig aus meinem Kopf raus. Über die denke ich gar nicht mehr nach.“* *„War früher eine Arbeiterpartei. Kommt jetzt ins Museum.“* *„Programmatische Forderungen sind unbekannt oder irrelevant: „Du kannst jeden SPD-Politiker in die CDU stecken und umgekehrt, ist alles der gleiche Sumpf.“* *Zusammenfassend eine Arbeitnehmerin: „Ich will ja eigentlich SPD wählen. Aber ich kann nicht.“*

Das ist das Image der SPD zehn Jahre nach der großen Niederlage von 2009, aus der so gut wie keine Konsequenzen gezogen wurden. Stattdessen werden Heerscharen an Poppanzen und Strohmännern in Debattenschlachten geführt: Das Problem der Partei sei, dass sie mittlerweile „linker als die Linkspartei und ökologischer als die Grünen“ sei, schimpft Sigmar Gabriel nach der Europa-Wahl 2019 (15,6 Prozent) – so als wäre Jeremy Corbyn acht Jahre lang ihr Vorsitzender gewesen und nicht Sigmar Gabriel. In der realen Welt ist die Durchsetzung des Mindestlohns 2013 die einzige große Politikinnovation, zu der sich die SPD zwischen 2009 und 2021 durchringen kann. Zu allen anderen großen Fragen der Zeit – zu Klimaschutz, Zukunft von Industrie, Sozialstaat und Verteilungsgerechtigkeit – hat die Gabriel- und Groko-SPD nur kleine Antworten.

Die Unempfindlichkeit der Parteispitze gegenüber Niederlagen ist erklärungsbedürftig, gelten moderne Parteien doch als „professionalisierte Wählerparteien“, deren Priorität die Stimmenmaximierung ist. Möglicherweise haben wir es mit „Group Think“ und „pathologischem Lernen“ zu tun: Je größer der Misserfolg, desto stärker halten die Protagonisten an ihren Überzeugungen fest („too little, too late“). Oder aber wir erleben hier in Ansätzen die Verwandlung der SPD in eine „Kartellpartei“, der die Regierungsbeteiligung wichtiger ist als der Wahlerfolg, weil nur die Eingliederung in den Staat die versiegenden Ressourcen aus der Gesellschaft kompensieren kann.<sup>11</sup> Die Frage wäre eine eigene Untersuchung wert, weil sie viel über Realitätskonstruktionen und Präferenzen von Parteieliten zu Tage fördern könnte.

## Zurück in die Mitte

In den Ländern formiert sich ab 2018 langsam aber sicher eine Gegenbewegung. Auf dem Parteitag der NRW SPD am 23. Juni 2018 in Bochum fordert ihr neuer Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty eine Abschaffung des Hartz-IV-Systems. Die Delegierten sind begeistert, die Berliner Parteispitze um Andrea Nahles ist verärgert. Emissäre werden nach Düsseldorf entsandt, um Kutschaty klar zu machen, dass man eine solche Diskussion nicht wolle. Doch der bleibt stur und der Damm bricht. Eine Kommission wird eingerichtet, an deren Ende das neue Sozialstaatskonzept der Partei steht, für das Andrea Nahles bis heute viel Dank und Lob erfährt.

Das Ende der programmatischen Eiszeit leitet schließlich die Basis-Wahl zum Parteivorsitz 2019 ein. Ganze sechs Monate dauern die Primaries, aus denen der ehemalige NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans und die Bundestagsabgeordnete Saskia Esken als Sieger und Siegerin hervorgehen. Zur Überraschung der gesamten Hauptstadtresse schlagen die beiden Olaf Scholz und Klara Geywitz in der Stichwahl – und das nicht mal knapp. Das Ergebnis sei ein

<sup>10</sup> Neu, Viola (2021): Emotionale Parteibewertungen aus repräsentativen und qualitativen Umfragen, KAS Berlin.

<sup>11</sup> Mair, Peter / Katz, Richard (1995): Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics (1), S. 5–28. Vgl. als Überblick und zur Kritik Wiesendahl, Elmar (2021): Parteienforschung. Ein Überblick, Springer, Wiesbaden.



„Linksrutsch“, heißt es nun allenthalben. Es sei Kevin Kühnert gewesen, der Esken und Nowabo wie Marionetten durch die Kampagne und schließlich zum Sieg geführt habe, will man in den Redaktionsstuben im Nachhinein rausgefunden haben. Eine schöne Geschichte, die man allerdings nur glauben kann, wenn man von Parteien und insbesondere von der SPD nicht viel Ahnung hat.

In theoretischer Perspektive ist der Sieg der „Eskabo-Kampagne“ ein Prinzipal-Agent-Konflikt: Die Mehrheit der Basis traut den Motiven und Fähigkeiten ihrer Führung nicht länger. Denn diese ist nicht nur erfolglos, sie hat auch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Olaf Scholz wird später versichern, dass er die Verfolgung von Steuerkriminalität nicht hintertrieben hat. Von Nowabo weiß jeder, dass er als NRW-Finanzminister sieben Milliarden Euro von Steuerkriminellen zurückholen konnte. Für die Interessen normaler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien hatte er sich mit mächtigen Gegnern anlegt: mit all den Schäubles, Kubickis und Finanzlobbyisten, die kein Interesse an Steuergerechtigkeit hatten. Nowabo kämpfte und gewann. In NRW ist man stolz auf ihn.

Und genau das ist der Schlüssel zu Erfolg ihrer Kampagne. Während die Unterstützer von Scholz und Geywitz Kabinettsmitglieder und Journalisten für sich gewinnen können, setzt das Eskabo-Team um Kampagnenchef Veith Lemmen auf Bürgermeister, Ratsfrauen, Landräte und andere Multiplikatoren an der „party on the ground.“ Von der Hauptstadtpresse völlig unbemerkt läuft über Wochen eine Graswurzelkampagne, die am Ende den Sieg bringt. Die Stichwahl wird an der kommunalen Basis in NRW gewonnen – nicht in Berlin.

Mit der Wahl von Esken und Walter-Borjans beginnt eine programmatische Erneuerung, die das Angebot der Partei wieder an die Überzeugungen und Erwartungen des SPD-Potentials anschlussfähig machen soll. Ja, Wahlen werden in der Mitte gewonnen, aber es ist ein hartnäckiger Irrtum, dass die „Mitte“ neoliberale Politik will. Im Gegenteil: Sei es eine Vermögenssteuer, kreditfinanzierte Investitionen oder ein

höherer Mindestlohn – jede dieser Forderungen erfährt seit vielen Jahren in allen Umfragen überragende Unterstützung. Es stimmt also: die Wahl von Borjans und Esken ist ein Linksruck, aber ein Linksruck in die Mitte.

Gleichwohl: Parteitagebeschlüsse allein bewirken gar nichts, wenn sie nicht über einen langen Zeitraum mit Überzeugung und Engagement vertreten werden. Und zwei Jahre sind zu wenig, um nach einem Jahrzehnt Lethargie ein belastbares Reservoir an Glaubwürdigkeit und Vertrauen aufzubauen. Aus eigener Stärke kann ein Sieg noch nicht gelingen. Am 17. Juli 2021, nur zwei Monate vor der Bundestagswahl liegt die SPD im Durchschnitt aller Umfragen noch immer bei nur 16 Prozent. Es ist der Tag, an dem Kanzlerkandidat Armin Laschet das Hochwassergebiet in NRW besucht.

## Schlussfolgerungen

Die Europa-Wahl ist ein Fanal. Sie könnte der Anfang einer neuen Phase des Parteiensystems sein, in der die SPD keine Führungsrolle mehr hat. Wir haben nachgezeichnet, wie es zu dieser Niederlage gekommen ist. Dabei haben wir aber auch gesehen, wann sie Erfolg hat: Wenn sie Führungskompetenz, Glaubwürdigkeit und soziale Sicherheit verkörpert. Das gelingt ihr aber nur, wenn sie sozio-ökonomische Konfliktlinien aufgreift, die ihr gesellschaftliche Legitimität und Unterstützung sichern. Gewiss: Themen wie Innere Sicherheit und Migrationskontrolle sind „socialist issues“ (Tony Blair), da darf man sich nichts vormachen. Doch ohne sozial- und wirtschaftspolitische Agenda kann die SPD keinen Erfolg haben: Sie muss viel deutlicher sagen, für wen sie Politik macht (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und berufstätige Familien) und anhand konkreter Policies unter Beweis stellen, dass sie bereit ist, für die Interessen ihrer Wählergruppen Konflikte einzugehen.

Die zweite Schlussfolgerung betrifft den Politikstil: In Krisenzeiten dürfen sich Menschen nie nur als Opfer, sondern müssen sich immer auch als Kämpfer verstehen können, soll der amerikanische Wahlkampfberater Dick Morris

zu Bill Clinton gesagt haben. Wer zu Passivität verurteilt wird, fühlt erst Ohnmacht und dann Wut: der Nährboden des Populismus. Der Erfolg der Rechtspopulisten beruht ja auch auf dem Gefühl der Selbstwirksamkeit, das sie vermitteln: „Make America Great Again!“, noch besser „Take back control!“ Gerade der Brexit-Claim ist im Grunde die Reformulierung des alten Anspruchs der Arbeiterbewegung auf Selbstbestimmung und Selbstermächtigung. Die Sozialdemokratie sollte sich zurückholen, was ursprünglich das ihre war.

Das erfordert einen Politikstil, der die Menschen eben nicht vor Politik schützen will, sondern ihnen eine aktive Rolle im Kampf gegen die Bedrohungen zuweisen kann. Aber das verlangt eben auch große Lösungen für große Probleme: Aktive Industriepolitik, massive öffentliche Investitionen, Bildungsreformen und soziale Sicherheit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien, eben weil sie für einen Aufbruch gebraucht werden. ■